

oder organisieren. Sie streben nach einer neuen Gesellschaftsform, die gegründet ist auf gleiche Pflichten und Rechte. Darum heißt die Liste 1.

W. Kassel

Vorsitzender des Kreistages Braunschw.-Land, Giesmarode.

*

Die Sozialdemokratie tritt durch ihre praktische Arbeit in Reich, Land, Kreis und Gemeinde die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Praktische Arbeit im Interesse der Allgemeinheit! Das ist es, was uns von dem Rabaukbeutium rechts und links von uns trennt.

Willi Brunke

Maurer, Melverode.

*

Die nationalsozialistischen Kreise in den Kommunen sind größtenteils gegen jeden Fortschritt auf kulturellem und sozialem Gebiet eingestellt. Eine Hauptaufgabe unserer Kommunalpolitik muß nun sein, die kulturellen und sozialen Aufgaben der Kommunen weiterhin zu fördern und dafür einzutreten, daß in der heutigen Wirtschaftskrise jeder Volksgenosse auch in der Kommune für seine Lage Verständnis findet.

Emil Karcher

Arbeiter und Kreisverordneter, Essinghausen 80.

*

Kommunalvertreter des Kreises Wolfenbüttel

Die sozialdemokratischen Vertreter in den Kommunalparlamenten haben für eine gerechte und vernünftige Steuerpolitik einzutreten. Einkommen unter 1200 RM müssen hauszinssteuerfrei bleiben. Diese Freigrenze muß sich für jedes Familieneinkommen um 100 RM erhöhen.

Das Zuschlagsrecht zur Grund- und Gewerbesteuer muß bei kapitalistischen Betrieben in Anspruch genommen werden. Die Inflationsgewinne müssen durch die Wertzuwachssteuer erfasst werden.

Die Vermögens- und Erbschaftssteuern müssen erheblich ausgebaut werden.

Die Rohsteuer ist abzulehnen. Für verlangen die Offenlegung der Steuerlisten. Der gesunde Einnahmepolit ist die gesunde Ausgabenpolitik anzuzuleben.

Angemessene Fürsorge ist zu erstreben. Die Nichtsünder für die Gemeinden sind zu erhöhen. Augenfürsorge ist notwendig. Altersfürsorge ist Pflicht. Gute Wohnungs- und Gesundheitspolitik ist Pflicht am Volke.

Nicht Großhandel, Großmüllerei, Präsenzien, Katastrophenschutz und Antisemitismus helfen dem wertvollen Volke, sondern nur die ehrliche Aufbaubarbeit der Sozialdemokratie.

Franz Baier

Arbeiter, Wolfenbüttel.

*

In meiner zehnjährigen Tätigkeit als Stadtverordneter der Stadt Wolfenbüttel war es immer mein Bestreben, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Wolfenbüttel bietet dem ehrlichen Volksgenossen ein großes Arbeitsfeld, weil es schon Jahrzehnte mit einem starken Arbeitslosenbezug belastet ist. Wir versuchen, unsere Aufgabe den Eltern des Kapitalismus gegenüber durch Notstandsarbeiten, Wirtschaftsbeihilfen, Beschäftigung von Feuerung usw. zu lösen. Es war immer unser Bestreben, die Not der Armen zu mildern.

Deshalb reise ich vor allem für die Verbesserung der Arbeitszeit ein. Als Mitglied des Betriebsrats vertritt ich immer die Ansicht, daß Kurzarbeit besser als Entlassung und Unterdrückung ist. Im Stadiparlament lagen uns besonders die Straßenbauten in Arbeiterbezirken am Herzen. Das wertvolle Volk wird unserer Arbeit durch Abgabe des Stimmzettels für die Liste 1 Anerkennung zollen.

Rudolf Bierwirth

Schmied, Wolfenbüttel, Friedrich-Ebert-Straße 3.

*

Für die Interessen der wirtschaftlich Schwachen einzutreten, habe ich als leitender Kommunalbeamter immer für meine erste Aufgabe betrachtet. Daß ich, sollte ich in das Stadiparlament einzeln, als Stadtverordneter in demselben Sinne handeln werde, ist selbstverständlich.

A. Dimmick

Beigeordneter i. R., Wolfenbüttel.

Die Kreisstadtfraktion der SPD des Kreismittelverbandes Wolfenbüttel kann von sich behaupten, die Belange der arbeitenden Bevölkerung des Kreises voll und ganz vertreten und nach Möglichkeit zu bessern versucht zu haben.

Verständlich ist im Kreise Wolfenbüttel in der Nachkriegszeit die Fürsorge eingerichtet und ausgebaut. Im Jahre 1924, als es galt, Arbeitslosigkeit und Wohnungen zu schaffen, sind die Gebiete von den einzelnen Genossen intensiv bearbeitet. Dazu gehörte, Vandalen zu beschaffen und auf den Kreis zu verteilen, damit die einzelnen Bezirke besetzt werden konnten. In der Folgezeit ist auch mit den vorhandenen Hauszinssteuermitteln so verfahren, daß die Städte und Landbezirke ausgleichend behandelt sind.

Die kommunalpolitische Tätigkeit der Kreisstadtfraktion der SPD hat die arbeitende Bevölkerung des Kreises erst dahin informiert, wie wichtig es ist, bei den Beratungen im Kreise mitzuwirken. Dabei kann es am Wahltag nur die Parole geben: die Liste 1 zu wählen, damit das Erreichte erhalten bleibt und Sozialabbau-Anträge wirksam abgelehnt werden können.

Karl Bothe

Gemeindevorsteher, Kreisstadtskandidat, Blindheim-Harzburg.

*

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Unterdrückten und Entrechteten. Sie muß allezeit dort helfen, wo die Not am größten ist. Der Sozialismus ist das Evangelium wahren Menschentums. Unsere vornehmste Aufgabe als Kommunalpolitiker muß sein, den Fürsorgeetat so zu gestalten, daß alle, die ohne eigenes Verschulden in Not geraten sind, geholfen werden kann. Um die Arbeitslosigkeit abzulösen, muß unsere Parole lauten: „Hilfslos mit den Doppelverdienern“. Unser Kampf gegen die Nationalsozialisten muß bis auf das äußerste geführt werden, denn Diktatur heißt Verrückung jeglicher Kultur. Nur in Demokratie ist der Wille zum Leben.

Albert Gärmer

Arbeiter, Remlingen.

*

„Ein Sohn des Volkes will ich sein!“ 35 Jahre stehe ich als überzeugter Sozialdemokrat und Gewerkschafter in den Reihen der Arbeiterbewegung. In schweren Zeiten sind Partei und Gewerkschaften mehr als sonst der Hirt für die Unterdrückten und Entlegenen. Das zeigt sich auch bei unserer kommunalpolitischen Arbeit, die unter dem Motto steht: „Alles der Gemeinde!“

Franz Herrmann

Arbeitsinvalide, Zbiebe.

*

Die Kreise und Gemeinden sind durch die angeschlagene Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches zu kostbaren Angelegenheiten. Wir Sozialdemokraten treten für eine gerechte steuerliche Belastung, aber auch für eine gerechte Steuerverteilung ein, damit das Gemeinwesen seine Verpflichtung in Bezug auf Schul- und Bildungsweisen, Fürsorge, Wohlfahrtspflege und Wohnungs- und Straßenbau erfüllen kann.

August Jakob

Maurer, Oster a. Harz.

*

Die Finanzen der Industriegemeinden sind durch die große Arbeitslosigkeit und Fürsorgekosten derart angeschlagen, daß nur durch größere Steuererhöhungen dem Staat diese Not gelindert werden kann. Die Industriegemeinden müssen mit den Städten gleichgestellt werden, damit sie ihre sozialen und kulturellen Aufgaben so erfüllen können, wie es sich für ein modernes Gemeinwesen ergibt.

Heinrich Kopigki

Kandidat zum Gemeinderat, Oster a. Harz.

*

Drei Jahre Gemeindepolitik liegen hinter uns. Welches sind die Erfolge der sozialdemokratischen Fraktion? Ich will nur eins der wichtigsten Kapitel des Staats herausgreifen: den Fürsorgeetat, der in der heutigen Zeit den Staat der Städte mit am schwersten belastet.

Es ist der sozialistische Fraktion in den letzten drei Jahren noch bürgerlicher Weichheit immer wieder gelungen, beträchtliche Mittel für die Sozialrenten, Fürsorgeempfänger und Erwerbslosen durchzusetzen und so den Armen ganz weitsichtig — sei es durch bares Geld oder durch Feuerungsmaterialien — zu helfen und die Not zu lindern.

Leider aber muß gesagt werden, daß von anderer Seite immer wieder versucht wurde, unsere schädliche Arbeit durch die Stellung unverantwortlicher Mäximalanträge, die nie hätten erfüllt werden können, zu lösen.

Es ist aber unsere Pflicht, soweit es in einer der Stadt ausstrahlenden Weise geschehen kann, auch in Zukunft immer wieder unser Wissen und Arbeiten auf diesem Gebiete mit aller uns

